

Stadt Heidelberg

Heidelberg, den 17.12.2014

Anfrage Nr.: 0065/2014/FZ
Anfrage von: Stadtrat Föhr
Anfragedatum: 12.11.2014

Betreff:

Bereichsübergreifende Integrierte Leitstelle (BILS)

Schriftliche Frage:

1. Wie ist der Sachstand hinsichtlich der BILS in Heidelberg?
2. Gibt es Signale von offizieller Stelle (Verwaltung, Oberbürgermeister) aus Mannheim oder dem Rhein-Neckar-Kreis (Landrat) den Standort Heidelberg für die BILS in Frage zu stellen?
3. Welche Schritte können von Seiten Heidelbergs unternommen werden, um das Projekt umzusetzen und sicher zu stellen, dass die BILS – der gemeinsamen Vereinbarung entsprechend – in Heidelberg gebaut wird?
4. In welcher Form wird dieses Thema in den regionalen Gremien der Metropolregion Rhein-Neckar vorangetrieben?

Antwort:

Zu 1.:

Am 31. März 2014 haben die Oberbürgermeister der Städte Heidelberg, Mannheim und der Landrat des Rhein-Neckar-Kreises im Beisein der Regierungsvizepräsidentin dem Ergebnis des Standortgutachtens mit Standort der BILS in Heidelberg einvernehmlich zugestimmt. Des Weiteren, dass die Feuerwehreinsetzungszentrale der Stadt Mannheim als Redundanz dienen soll und sobald die BILS ihren Dienst aufnimmt, am Standort Ladenburg keine Leitstelle mehr erforderlich ist.

Ein Betriebs- und Redundanzkonzept, welches den hohen Sicherheitsanforderungen aller Partner gerecht wird und die konzeptionelle Sicherstellung einer hohen Qualität gewährt, wurde als weiterer besonderer Projektschritt herausgestellt.

Dieses Betriebs- und Redundanzkonzept wurde am 10. und 11. Juni 2014 unter der Federführung des Landesbranddirektor (Innenministerium) ausgearbeitet. Dieses liegt in einem Entwurf vor und kann sehr zeitnah den politisch Verantwortlichen vorgestellt werden. Es bedarf vor der Vorstellung noch einigen fachlichen und redaktionellen Änderungen. Das Betriebskonzept ist die Grundlage zur Einholung der Gremienbeschlüsse bei allen Partnern.

Mit dem Beschluss des Gemeinderates Heidelberg am 05. Juni 2014 wurde über das städtische Gebäudemanagement ein Architekt mit der Erhebung einer Machbarkeitsstudie auf Grundlage eines bereits im Jahr 2012 abgestimmten Raumprogrammes für das DRK sowie dem Raumprogramm aus dem Standortgutachten für die BILS zur Realisierung des Projektes auf dem ehemaligen Nato-Gelände an der Rudolf-Diesel-Straße 22 beauftragt. Dieses liegt mittlerweile vor.

Verwaltungsintern sowie mit dem Deutschen Roten Kreuz wurden bereits mehrere Abstimmungsgespräche zur Konkretisierung der Planungen geführt.

Zu 2.:

Es gibt keine Signale von offiziellen Stellen den Standort Heidelberg für die BILS in Frage zu stellen.

Bereits mit der Beauftragung des Standortgutachtens wurde das Verfahren zur gegenseitigen Anerkennung des Ergebnisses festgelegt, weshalb am 31. März des Jahres einvernehmlich diesem zugestimmt und akzeptiert wurde. Dennoch ist das aktuelle Vorgehen in Mannheim irritierend, da es jeglicher Absprache und Beschlussfassung widerspricht.

zu 3.:

Unabhängig vom Gutachten liegt der absolute Standortvorteil von Heidelberg in der Bündelung als Rettungszentrum - u.a. mit der Ansiedlung des DRK - auf einem Grundstück.

Dieses Grundstück in der Rudolf-Diesel-Str. 22 hat der Gemeinderat mit Beschluss vom 05. Juni 2014 (DS 0183/2014/BV) zur Verfügung gestellt.

Die zeitnahe Vorstellung des bereits erwähnten Betriebs- und Redundanzkonzept ist die Grundlage für den Einstieg in detaillierte Projekt- und Umsetzungsschritte.

Die vorliegende Machbarkeitsstudie muss in eine baureife Planung umgesetzt werden.

Hierfür ist zunächst der Architekt über eine europaweite Ausschreibung zu ermitteln.

Die Finanzierung des Bauvorhabens muss sichergestellt werden. Hierzu bedarf es der Aufteilung der Kosten auf die am Projekt Beteiligten, hierzu werden wir alternative Vorschläge unterbreiten. Dass die Stadt Heidelberg für ein Gesamtbauvorhaben in Vorleistung tritt, ist aufgrund der Haushaltslage derzeit nicht beabsichtigt. Ein Investor wäre wünschenswert.

Ebenso ist Unterstützung für die Beschleunigung der Verlagerung des DRK von Vorteil. Hierfür ist es unumgänglich alle Partner des Projektes in die weiteren Entscheidungen mit einzubeziehen, um so die Gemeinsamkeit und Transparenz darzustellen.

Zu 4.:

Zum Thema Bereichsübergreifende Integrierte Leitstelle finden auf Ebene der Oberbürgermeister und Landrat sowie mit den Kreisverbänden des Deutschen Roten Kreuzes und den Kostenträgern Gespräche statt. Diese Gespräche werden mit Fortgang des Projektes intensiviert werden müssen, um eine enge Begleitung in der Umsetzung der Maßnahmen zu gewährleisten.

Innenminister Gall hat sich eindeutig positioniert, indem er in der Pressemitteilung vom 05.12.2014 im Mannheimer Morgen eindeutig zum Ausdruck brachte, dass alle Notrufe über die Nummer 112 aus Heidelberg, Mannheim und dem Rhein-Neckar-Kreis gebündelt in der Bereichsübergreifenden Integrierten Leitstelle in Heidelberg eingehen und die Stadt Mannheim eine Feuerwehreinsatzzentrale behalten soll.